

Befragung des Deutschen Städtetages zu Flüchtlingsthemen

Antworten der Oberbürgermeisterin Barbara Bosch, Stadt Reutlingen

1. Wie viele Flüchtlinge hat Ihre Stadt in diesem Jahr bisher aufgenommen bzw. wie viele Flüchtlinge und Asylbewerber leben derzeit in Ihrer Stadt?

Die Stadt Reutlingen hat in diesem Jahr bisher 163 Flüchtlinge im Rahmen der Anschlussunterbringung aufgenommen. Hinzu kommen die durch das Landratsamt Reutlingen auf der Gemarkung Reutlingen untergebrachten 864 Flüchtlinge in der vorläufigen Unterbringung. Somit leben in der Stadt Reutlingen derzeit 1027 Flüchtlinge (vorläufige Unterbringung in Zuständigkeit des Landratsamtes Reutlingen + Anschlussunterbringung in Zuständigkeit der Stadt Reutlingen).

2. In welchem Umfang müssen in Ihrer Stadt Notunterkünfte z.B. in Form von Zelten und Turnhallen genutzt werden? In welchem Umfang ist oder war dezentrale Unterbringung in Wohnungen möglich?

Die Stadt Reutlingen betreibt bisher keine Notunterkünfte und verfügt derzeit über 42 Wohnungen und eine Gemeinschaftsunterkunft mit 65 Plätzen zur Unterbringung von Flüchtlingen.

3. Wie können in Ihrer Stadt genügend winterfeste Unterkünfte sichergestellt werden?

Die Stadt Reutlingen wird gegebenenfalls Flüchtlinge in Turnhallen unterbringen. Eine entsprechende Notfallplanung wurde bereits ausgearbeitet.

4. Wie ist nach Ihrem Eindruck die Einstellung der Bevölkerung in Ihrer Stadt gegenüber den Flüchtlingen? Wandelt sich die Einstellung, weil mehr Menschen kommen?

Rund 500 Bürgerinnen und Bürger engagieren sich ehrenamtlich in Asylcafés und anderen Ehrenamtsgruppen für Flüchtlinge. Auch die Spendenbereitschaft in Form von Sachspenden ist groß. Im Umfeld von geplanten Unterkünften für Flüchtlinge äußern Bürger vermehrt Bedenken bezüglich der Sicherheit und der vor Ort vorhandenen Integrationsressourcen.

5. Viele Städte stoßen bei der Unterbringung an Grenzen. Wie schätzen Sie die Möglichkeiten Ihrer Stadt ein, in den nächsten Monaten dennoch weitere Menschen aufzunehmen?

Die Stadt Reutlingen erwartet nach derzeitigem Stand im Jahr 2016 mindestens 800 Personen, die von der Stadt unterzubringen sind. Ab Mitte 2016 wäre aufgrund der aktuellen Planungen für Unterkünfte aus heutiger Sicht die Versorgung in diesem Umfang gesichert. Die schnellere Bearbeitung von Asylanträgen durch das Bundesamt für Migration sowie der Familiennachzug können jedoch zu einem Anstieg der Zugangszahlen für die Stadt Reutlingen führen.

6. Wieweit hat in Ihrer Stadt bereits die Integration von Flüchtlingen mit Bleibeperspektive beginnen können?

Die Stabsstelle Bürgerengagement der Stadt Reutlingen unterstützt die ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürger beim Aufbau und bei der Koordination von Ehrenamtsgruppen, informiert über die Möglichkeiten der Mitarbeit und organisiert nach Bedarf auch interkulturelle

Kompetenztrainings. Die Stadt Reutlingen hat in Kooperation mit der VHS Reutlingen damit begonnen, bei den Flüchtlingen Einstufungstests zur Feststellung der vorhandenen Deutschkenntnisse durchzuführen. Seit Mitte Dezember bietet die VHS Reutlingen zwei Sprachkurse an, einen Alphabetisierungskurs sowie einen Kurs mit dem Niveau A1.1, der voraussichtlich im Februar 2016 in einen Integrationskurs umgewandelt wird. Personen mit Anspruch auf einen Integrationskurs werden an die Integrationskursträger weitervermittelt. Zudem organisiert das Referat für Migrationsfragen der Stadt Reutlingen Schulungen für Flüchtlinge zu den Themen „Gesundheit im Flucht/-Migrationsbereich“, „soziales Kompetenztraining“ und „Islam in Deutschland“.

7. Worin sehen Sie für das Jahr 2016 die größte Herausforderung im Hinblick auf Flüchtlinge in Ihrer Stadt?

Bei prognostizierten 800 Personen oder noch weiter steigenden Zugangszahlen erfordert das vor allem einen Ausbau der Infrastruktur im Bereich der Kindertagesbetreuung. Die Stadt Reutlingen ist im Rahmen ihrer Wohnbauoffensive gemeinsam mit dem städtischen Wohnungsunternehmen GWG sehr aktiv in der Bereitstellung weiterer Flächen durch Planungsrecht. Wichtig ist die Förderung des sozialen Wohnungsbaus für alle Bedarfsgruppen, darunter auch die Flüchtlinge. Im Dezember 2015 verabschiedete der Gemeinderat die 3. Tranche von Standorten für weitere zehn Gemeinschaftsunterkünfte. Besonders hervorzuheben ist dabei, dass an Standorten für dauerhaftes Wohnen Unterkünfte erstellt werden, die nach der vorübergehenden Belegung mit Flüchtlingen in regulären Wohnraum umgewandelt werden können. Außerdem hat die Stadt in Zusammenarbeit mit der Kreishandwerkerschaft Reutlingen und einem Reutlinger Architekturbüro ein zweigeschossiges Holzbaumodul entwickelt, welches eine Alternative zur Unterbringung von Flüchtlingen in Containern darstellt. Die Module bieten Raum für bis zu 48 Personen und sollen von lokalen Holzbaubetrieben gefertigt werden. Dabei ermöglicht die additive Anordnung der einzelnen Module eine nahezu beliebige Verwendbarkeit und Kapazität.

8. Was halten Sie – jenseits der Forderungen des Deutschen Städtetages an Bund und Länder – für nötig, um die Situation in den Städten bewältigen zu können? Sehen Sie einen Aspekt, der bisher zu wenig bei der Lösung der Aufgaben beachtet wird?

Die Stadt Reutlingen konnte die Flüchtlinge in der Vergangenheit weitestgehend dezentral in Wohnungen unterbringen. Angesichts der steigenden Flüchtlingszahlen werden die Flüchtlinge jetzt mehrheitlich in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht. Dieser in der Regel neu und vor allem schnell zu schaffende Wohnraum (Container, Modulelemente) verursacht sehr hohe Kosten. Hinzu kommen Ausgaben für Sozialbetreuung, Wohnbegleitung durch Hausmeister und Verwaltungskräfte sowie externe Sicherheitsdienste. Diese Kosten der städtischen Unterbringung sind im Rahmen der üblichen Mietobergrenze nicht zu decken und werden den Städten derzeit nicht erstattet. Der Aufwand, der für die gelingende Integration in den nächsten Jahren zu leisten sein wird, hat in den politischen Diskussionen noch nicht angemessene Beachtung gefunden, geschweige denn, dass eine angemessene Kostenerstattung in Aussicht steht. Die bisherigen Erstattungen durch das Land Baden-Württemberg betreffen ausschließlich die vorläufige Unterbringung durch Stadt- und Landkreise, die jedoch durch die Änderungen im Asylrecht und die zentralen Drehscheiben in Baden-Württemberg (zum Beispiel Heidelberg) massiv zurück gehen wird.